

Anlage 1

Resolution der Stadtvertretung der Stadt Gadebusch zu TTIP, CETA und TiSA

Die Stadtvertretung Gadebusch befürchtet durch das derzeit geheim verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen /TTIP mit den USA und das mit Kanada verhandelte CETA-Abkommen massive negative Auswirkungen, etwa auf die Unabhängigkeit deutscher und europäischer Gerichte. Es dürfen weder deutsche noch europäische Sozial-, Gesundheits-, Verbraucherschutz und Umweltstandards unterlaufen werden. Mit diesem Ziel unterstützt die Stadtvertretung Gadebusch das gemeinsame Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände und fordert gegenüber der Landes- und Bundesregierung, des EU- Parlaments und der EU-Kommission gemäß des o.g. Papiers folgende Punkte ein:

1. Die Kommunale Daseinsvorsorge soll von den Marktzugangsverpflichtungen in TTIP und allen weiteren Freihandelsabkommen ausgeschlossen werden.
2. Der politische Gestaltungswille soll in Fragen des öffentlichen Beschaffungswesen nicht stärker eingeschränkt werden als es nationale Regelungen und das europäische Vergaberecht bereits heute vorsehen.
3. Auf spezielle Investorenschutzregelungen und internationale Schiedsgerichte soll gänzlich verzichtet werden. Anwendungen finden soll ausschließlich der demokratisch legitimierte Rechtsschutz nationaler Gerichte
4. Der Abbau von Handelshemmnissen soll nicht zu Lasten von europäischen Sozial-, Gesundheits-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards erfolgen.
5. Die Transparenz und Beteiligung soll verbessert werden, u.a. indem Vertreter der kommunalen Spitzenverbände unmittelbar in die Beratergruppen der EU-Kommission integriert werden.
6. Die Organisationsfreiheit der Kommunen auch über TTIP hinaus soll sichergestellt, Rekommunalisierung jederzeit und uneingeschränkt möglich bleiben